

Stuttgart, 09.12.2011

**Informations- und Kommunikationstechniken
IuK-Maßnahmenplan (IMP) 2012 und 2013**

Beschlußvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Verwaltungsausschuss	Beschlussfassung	öffentlich	14.12.2011

Beschlußantrag:

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem finanziellen Gesamtrahmen und den Inhalten des IuK-Maßnahmenplans 2012 und 2013 zu.

Kurzfassung der Begründung:

Ausführliche Begründung siehe Anlage 1

Die IuK-Bedarfsmeldungen der Ämter für die Jahre 2012 und 2013 wurden mit den Haushaltsvorgaben abgestimmt und im IuK-Maßnahmenplan für den Doppelhaushalt 2012/2013 dargestellt. Die Maßnahmen müssen aufgrund des langen Planungsvorlaufs und des sich schnell verändernden IT-Markts bei der Umsetzung im Einzelfall möglicherweise angepasst werden. Dies gilt insbesondere für die Planungen 2013.

Finanzielle Auswirkungen

Planung für das Jahr 2012

Ausgaben

Einmalige Ausgaben		Zusätzliche laufende Betriebskosten	
Investitionen	6.150.000 EUR	Wartung	
Werkverträge	150.000 EUR	und Betreuung	217.600 EUR

Planung für das Jahr 2013

Ausgaben

Einmalige Ausgaben		Zusätzliche laufende Betriebskosten	
Investitionen	6.075.000 EUR	Wartung	

Werkverträge	150.000 EUR	und Betreuung	210.100 EUR
--------------	-------------	---------------	-------------

Wie in der Anlage 2 dargestellt verteilen sich die Investitionen auf den Finanz- und den Ergebnishaushalt.

Alle oben genannten einmaligen und laufenden Ausgaben/Aufwendungen sind im Rahmen des im Haushaltsplanentwurf 2012/2013 veranschlagten Budgets finanziert.

Beteiligte Stellen

Das Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen hat die Vorlage mitgezeichnet.

Vorliegende Anträge/Anfragen

keine

Erledigte Anträge/Anfragen

keine

Werner Wölfle
Bürgermeister

Anlagen

Anlage 1: Ausführliche Begründung

Anlage 2: Maßnahmenplan 2012 / 2013 der Informations-
und Kommunikationstechniken bei der Stadtverwaltung Stuttgart

Ausführliche Begründung:

Die Landeshauptstadt Stuttgart versteht sich als moderner und bürgerfreundlicher Dienstleistungsbetrieb. Viele Arbeitsprozesse werden elektronisch gesteuert und große Mengen von Informationen werden digital gespeichert, elektronisch verarbeitet und intelligent vernetzt. Zahlreiche Dienstleistungen in der Verwaltung werden durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken (IuK) erst ermöglicht. Demzufolge steigt auch die Anzahl der PC-Arbeitsplätze stetig an. Die IuK-Infrastruktur wird immer komplexer und für den Betrieb von entscheidender Bedeutung. Gleichzeitig steigen die betrieblichen Folgekosten, die an enge Budgetgrenzen in Zeiten knapper Kassen stoßen. Eine wirtschaftliche und innovative Aufgabenerfüllung ist nur bei einem ordnungsgemäßen, effizienten und nutzenstiftenden IT-Einsatz möglich. Ein Ausfall oder eine Störung der IT kann zu einem großen finanziellen oder politischen Schaden für die Verwaltung führen, der auch Auswirkungen auf die Wirtschaft und auf Bürgerinnen und Bürger haben kann.

Der IuK-Maßnahmenplan ist das zentrale Instrument für die Entwicklung der IT bei

der LHS.

Das Klinikum Stuttgart und die Eigenbetriebe haben eigene Wirtschaftspläne und sind im IuK-Maßnahmenplan nicht enthalten.

1. Auswahl der IuK-Maßnahmen

Übersicht

Die Bedarfsmeldungen der Ämter zur IuK-Maßnahmenplanung 2012/2013 wurden an den für Hard- und Software zur Verfügung gestellten Finanzrahmen (Finanz- und Ergebnishaushalt) in Höhe von jährlich 6.150.000/6.075.000 EUR (einschließlich des Zusatzbudgets für Maßnahmen beim JobCenter) angepasst. Dabei mussten erhebliche Streichungen und Kürzungen, sowohl bei den Investitionen als auch bei den betrieblichen Ausgaben des Ergebnishaushalts vorgenommen werden.

Zum Doppelhaushalt 2012/2013 wurden die Einzelmaßnahmen jeweils einem der drei strategischen IuK-Themenbereiche zugeordnet:

strategische IuK-Themenbereiche	Anteil am Gesamtbudget	
	2012	2013
1. Ersatzbeschaffungen sowie Erweiterungen bis 10.000 EUR pro Jahr	2.257.600 EUR 36,7 %	2.162.800 EUR 35,6 %
2. Aufrechterhaltung zentraler und dezentraler Infrastruktur	2.488.400 EUR 40,5 %	2.531.200 EUR 41,7 %
3. Neue Projekte über 10.000 EUR	1.404.000 EUR 22,8 %	1.381.000 EUR 22,7 %
Summe	6.150.000 EUR	6.075.000 EUR

1.1 strategischer IuK-Themenbereich Ersatzbeschaffungen sowie Erweiterungen bis 10.000 EUR

Hierunter fallen insbesondere die PC-Ausstattung von Büroarbeitsplätzen (Hard- und Software) in den Ämtern der Stadtverwaltung und „kleine“ Erweiterungen der IuK-Infrastruktur bis 10.000 EUR.

Den Schwerpunkt der Anmeldungen zum Doppelhaushalt 2012/2013 bilden Ersatzbeschaffungen im Endgerätebereich. Für inzwischen über 8.000 Anwender sind PCs, Notebooks und Monitore zu ersetzen, die nicht mehr den Leistungsanforderungen genügen. Auf die Angleichung des allgemeinen Ausstattungsniveaus und Standards wird geachtet. Neue Verfahren wie der elektronische Aufenthaltstitel (eAT) und der neue Personalausweis (nPA) beim Amt für öffentliche Ordnung erfordern darüber hinaus noch deutlich leistungsfähigere Hardware.

1.2 strategischer IuK-Themenbereich „Aufrechterhaltung zentraler und dezentraler Infrastruktur, fachamtsspezifische Software/GIS“

Hierzu gehören Maßnahmen des zentralen Serverbetriebs (Hard- und Software im Backoffice-Bereich) und Netzwerkmanagements, Upgrades und Erweiterungen von stadtweit genutzter Software und Weiterentwicklungen vorhandener Fachverfahren. Damit wird die Basisinfrastruktur aktuell gehalten.

Anwender- und Systemservice, zentrale IuK-Produkte und -Dienstleistungen:

Die Aufrechterhaltung der zentralen betrieblichen IuK-Infrastruktur erfordert erhebliche finanzielle Anstrengungen in leistungsfähige, energieeffiziente Server- und Speichersysteme sowie Software. Der perspektivische Ausbau, bedingt durch neue oder strukturell veränderte Anwendungen der Ämter (z.B. JobCenter), wird dabei berücksichtigt. Komplett-Dienstleistungen (SaaS - „Software as a Service“) für die Kunden gewinnen an Bedeutung.

Im Serverumfeld werden moderne Virtualisierungstechniken eingesetzt, wodurch insgesamt weniger (physikalische) Server benötigt werden, weil Anwendungen sich die Hardware "teilen". Durch die Kaltgangeinhausung wird die Kühlung und Energieeffizienz des Serverbetriebs verbessert. Der "Green IT-Gedanke" wird auch durch das Druckerkonzept, und die Auswahl energieeffizienter Geräte umgesetzt. Defekte oder überalterte Hardware wird an ein gemeinnütziges Unternehmen zur Weiterverwertung übergeben, was zur Müllvermeidung beiträgt.

IT-Sicherheit spielt eine immer wichtigere Rolle. Systeme, Werkzeuge und Methoden müssen aktualisiert und weiterentwickelt werden (z.B. Firewall, Port Security, Reverse Proxy, Identitätsmanagement). Mobile Geräte und interaktive Anwendungen tragen hierzu wesentlich bei.

All diese Konzepte erfordern neben den einmaligen Aufwänden auch betriebliche Ressourcen in Form von eigenem Personal oder externer Dienstleistung. Hier sind die Spielräume leider gering. Eine größere Flexibilität wäre hier wünschenswert.

Intranet, Internet, eGovernment und Telefonzentrale (D 115)

Unter eGovernment Stuttgart werden alle Entwicklungen und Lösungen zusammengefasst, die Verwaltungsleistungen auf elektronischem Wege Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Organisationen auf Basis

gemeinsamer Datenbanken und Plattformen in der Regel über Internet zur Verfügung stellen. Ziel ist die Einheitlichkeit im Erscheinungsbild, in der Navigation, der Erschließbarkeit, der Struktur sowie die Konsistenz und Vermeidung von Redundanzen der Daten.

Schwerpunktaufgaben in den Jahren 2012 bis 2013 werden sein - soweit bisher planbar:

- D115-ServiceCenter Stuttgart (GRDRs 332/2011) inkl. Wissensmanagement
- Ausbau bisheriger Verfahren wie Elektronische Bürgerservice-Assistenten (eBSA)
- Modernisierung und Konsolidierung der Anwendungen im Intranet
- Mitarbeiterportal SOLID 2
- Bereitstellung von Web 2.0-Angeboten.

Geo-Informationssysteme (GIS)

Die Anmeldungen 2012/2013 beinhalten hauptsächlich die Sicherung des Produktivbetriebes der GIS-Fachverfahren der Ämter 12, 23, 36, 61, 62, 66 und 67. Dabei handelt es sich um Fortführungen, Anpassungen und kleinere Weiterentwicklungen der Verfahren SIAS, GEOLINE, Tiefbauamts Informationssystem (TibIS), Informationssystem Altlasten (ISAS), Stuttgarter Informationssystem Stadtklima (SISK), Auskunftssystem Denkmalschutz (DENKAS), Baumschutzsatzung, Baulückenkataster, Freiflächendatenbank, Automatisiertes Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS), Browserbasiertes Auskunftssystem für Geoinformationen (WebGIS), Grünflächenmanagement und anderen Verfahren.

1.3 strategischer IuK-Themenbereich „Neue Projekte“

Hier kommen Innovationen und Projekte zum Zuge, die für die Stadt das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis erwarten lassen, auch wenn eine monetäre Wirtschaftlichkeit häufig nur schwer nachgewiesen werden kann. Qualitativ-strategische Nutzenaspekte und Prozessoptimierungen sind wichtige Kriterien. Das neu formierte zentrale IT-Controlling wird die Projekte im Rahmen seiner Aufgabenstellung begleiten.

Nachstehend sind die neuen Vorhaben ab 50.000 EUR aufgeführt:

Amt	Bezeichnung Planmittel 2012/2013	Beschreibung
BM A	Redaktionsprogramm Amtsblatt /Internetredaktion <i>50.000 EUR/50.000 EUR</i>	Um Synergieeffekte besser nutzen und die Effizienz steigern zu können, sollen die redaktionellen Texte für das Amtsblatt und www.stuttgart.de über eine gemeinsame Plattform eingegeben werden. Von dieser Plattform gelangen die Texte dann per Schnittstelle zur weiteren Verarbeitung in die redaktionellen Systeme des Amtsblatts, resp. stuttgart.de
10	Sicherheit der städtischen Netzzugänge (Port Security) <i>85.000 EUR/0 EUR</i>	Die Sicherheit des städtischen Netzes muss Zug um Zug durch Absicherung der offenen Netzzugänge z.B. in den Sitzungssälen weiter optimiert werden. Eine hochsichere „echte“ Port Security-Lösung kann als weiterer Schritt etabliert werden. Das Planungsprojekt ist abgeschlossen. Die Umsetzung hängt nun von den internen Personalressourcen und den

		externen Dienstleistungsbudgets ab.
10	Sicherer Zugang auf externe/interne Informationssysteme <i>60.000 EUR/60.000 EUR</i>	Für den Webwasher (Web-Filter) von McAfee werden noch Lizenzen und Wartungskosten benötigt.

Amt	Bezeichnung Planmittel 2012/2013	Beschreibung
10	Identitätsmanagement <i>70.000 EUR/70.000 EUR</i>	Die Konzeption zur Verbesserung der IT-Sicherheit und Einhaltung des LDSG ist abgeschlossen. Für das Folgeprojekt wird externe Unterstützung hinsichtlich Feinkonzeption, Rollenkonzept, Vorbereitung Umsetzung, usw. benötigt. Über die Fortführung soll im Rahmen einer separaten GRDRs. entschieden werden.
10	Nachfolge MS Office 2003 <i>150.000 EUR/50.000 EUR</i>	Es werden insbesondere externe Unterstützungsleistungen zur Einführung und Schulung des Nachfolgeprodukts benötigt. Zusätzlicher. Lizenzbedarf besteht nur in geringem Umfang. Das JobCenter wird gesondert finanziert.
10	Migration ACCESS 97 Datenbanken <i>150.000 EUR/200.000 EUR</i>	Bei vielen Ämtern sind Access-Datenbanken im Einsatz, die unter Windows 7 nicht mehr lauffähig sind. Sie müssen sukzessive migriert oder abgelöst werden.
10	Personalmanagementsystem (Ablösung von PWES durch dvv.Personal) <i>80.000 EUR/80.000 EUR</i>	In Folge der Umstellung auf dvv.Personal soll ein Personalinformationssystem für die städtischen Ämter zentral bereitgestellt werden. Dies beinhaltet auch neue Verfahren wie etwa elektronisches Bewerberverfahren (eRecruitment).
10	Ablösung des Kassen-/Abrechnungssystems und Bezahlsystems MINPOS <i>60.000 EUR/15.000 EUR</i>	Ablösung des veralteten Kassenabrechnungs- und Bezahlsystems MINPOS durch Mifare Technik - berührungslose Medien, die nach heutigem Standard z.B. in Betriebsrestaurants eingesetzt wird. Die Zeiterfassungskarten beinhalten die Mifare Technik und sollen dafür auch verwendet werden.
20	Elektronische Rechnungsbearbeitung <i>56.000 EUR/20.000 EUR</i>	Papierlose Bearbeitung von Rechnungsbelegen. Produktivsetzung des Verfahrens in einzelnen Fachämtern.
20	Ablösung WAUS durch SoJuHKR <i>65.000 EUR/0 EUR</i>	Verfahren Wiederkehrende Ausgaben (WAUS): Ablösung beim Sozial- und Jugendamt inklusive der erforderlichen SAP-Lizenzen.
32	OWI 21 Hochleistungsscanner <i>50.000 EUR/0 EUR</i>	Zusätzlicher Scanner zur Überbrückung von Ausfallzeiten des vorhandenen Geräts sowie zur Bewältigung von Spitzenzeiten. Fremdnutzung durch andere Organisationseinheiten des Amtes im Zuge der zu erwartenden Ausweitung des elektronischen Dokumentenmanagements.

41	PADUA Digitale Langzeitarchivierung Stufe 2 <i>120.000 EUR/120.000 EUR</i>	Bezug auf GR Drs. 310/2011 Recherche, Nutzungsobjekt, Hard- und Software, Programmierung
----	---	--

Amt	Bezeichnung Planmittel 2012/2013	Beschreibung
41	Ablösung des vorhandenen Bibliothekverfahrens Bibliotheca2000 <i>25.000 EUR/200.000 EUR</i>	Das aktuell eingesetzte Verfahren muss voraussichtlich ersetzt werden. Gründe hierfür sind u.a.: <ul style="list-style-type: none"> • inhaltliche Mängel bei der Software-Funktionalität • technische Weiterentwicklungen sind eingeschränkt • Personalfuktuation beim Lieferanten
51	Trägerübergreifendes KITA-Datenbanksystem <i>70.000 EUR/35.000 EUR</i>	Erweiterung des Systems bzgl. folgender Funktionalitäten: Anforderung gesetzlicher Statistiken Übernahme von Daten aus dem Kita-Datenbanksystem Förderrichtlinien freier Träger Neuer Bürgerserviceassistent Kindergartenplatz ab 3 Jahre
51	EDV-Unterstützung beim Allgemeinen Sozialdienst <i>61.000 EUR/191.000 EUR</i>	Für den Allgemeinen Sozialdienst ist die Einführung einer umfassenden, Sachbearbeiter unterstützenden Fachsoftware geplant als Weiterführung des 2009 begonnenen Projekts. Für die Beratungszentren Familie und Jugend soll eine Software für die fachliche und administrative Arbeit angeschafft werden. Entwicklungsleistungen und spezifische Anpassungen zur Herstellung der Betriebsbereitschaft, Softwarelizenzen, Implementierungskosten, Schulungen und Workshops, Projekt- und Prozessbegleitung.
62	Geodateninfrastruktur (GIS) <i>100.000 EUR/120.000 EUR</i>	Weiterentwicklung Kartografisches System; Bereitstellung von INSPIRE-Diensten im GeoPortal (Darstellungsdienste, Metadatendienste, Transformationsdienste, Downloaddienste, Shoplösung); Infrastrukturmaßnahmen: Reverse Proxy, Systemkopplungen: Geokatalog und Systeme/Dienste; Rasterdatenmanagement; Stuttgart 3D; Integration VIZ in die GDI Stuttgart; TibIS Datenintegration in GEOLiNE; Umsetzung Pilotanwendung XPlanung; Fortführung Zentraler Adressdatenbestand; Geoservice Adressen

2. Auswahlkriterien

Neben den dargestellten strategischen Überlegungen und gesetzlichen Vorgaben wurden zur Entscheidung auch folgende Gesichtspunkte herangezogen:

- Priorität des Fachamts

- Budgetengpass bei Wartung und Betreuung

Trotz aller Sparanstrengungen sind die Gesamtkosten für Wartung und Betreuung von Hard- und Software im Jahr 2010 auf ca. 3,0 Mio. EUR angestiegen. Der Planansatz lag, gedeckelt durch die HSK 2010/2011, bei 2,5 Mio. EUR. Im Haushaltsentwurf 2012/2013 sind 4,2 Mio. EUR inkl. der Sondereffekte wie z.B. JobCenter als Obergrenze vorgesehen. Dies entspricht dem aktuellen Vertragsbestand und den prognostizierten Anteilen einmaliger betrieblicher Projektkosten aus den Investitionen.

Die IuK-Maßnahmenpläne 2012/2013 enthalten jedoch auch neue Beschaffungen (z.B. eGovernment, Digitale Langzeitarchivierung PADUA) in IuK-Infrastruktur, die betriebliche Folgekosten auslösen. Neben der Lizenzpolitik der Softwareanbieter trägt der Mangel an städtischem IuK-Betreuungspersonal bei 10-4 zur progressiven Kostenentwicklung bei. Durch die Doppikumstellung sind bisherige Investitionsausgaben verstärkt als direkte Kosten zu bilanzieren. Angesichts dieser Tendenzen wurde ein strenger Maßstab an die Auswahl der Maßnahmen 2012/2013 angelegt. Zur Begrenzung des Zuwachses wurden Optionen der Gegenfinanzierung (z.B. Ablösung Altverträge) mit einbezogen.

Auch zentrale Maßnahmen wurden zurückgestellt oder zeitlich gestreckt, weil keine Betreuungsressourcen zur Verfügung stehen. Bzgl. der IT-Sicherheit stellt sich die Situation wie folgt dar:

Die Landeshauptstadt orientiert sich an den Empfehlungen des Bundesamts für IT-Sicherheit (BSI) und hat eine Sicherheitsrichtlinie erarbeitet. Grundlegende Sicherheitsmaßnahmen wie Virenschutz, Überwachung von Schnittstellen und Gebäudesicherheit im Serverbereich sind bei der LHS realisiert. Über diesen Basisschutz hinaus gibt es weitere IT-Sicherheitsthemen, die auch nach dem BSI-Grundschutzhandbuch als notwendig eingestuft werden, aber bisher bei der LHS mangels Personalressourcen für die laufende Betreuung nicht umgesetzt werden konnten. Bezogen auf den IMP 2012/2013 sind dies folgende Maßnahmen:

- Sicherheit der städtischen Netzzugänge (Port Security). Die Projektarbeit zur technischen Absicherung der frei zugänglichen Netzdosen wurde nach Abschluss eines Planungsprojekts vorläufig zurückgestellt.
Stellenschaffungsanträge erfüllten nicht die Stellenschaffungskriterien.
Anmerkung: Aus der Sicht des Referats WFB sollte diese Maßnahme mit den vorhandenen Ressourcen realisiert werden.
- Systemmanagement und Softwarebereitstellung: Die Automatisierung von Installationsroutinen kommt nur schleppend voran.
- Zugang externer Partner und Bürger auf interne Informationssysteme (Reverse Proxy): Weitgehend zurückgestellt mangels personeller Ressourcen.
Anforderungen der Fachbereiche wachsen ständig.
- Festplattenverschlüsselung: Interne Kapazitäten auch im Bereich AK/DSB

stehen nicht zur Verfügung.

Die IT-Sicherheit könnte durch die Schaffung neuer Personalstellen an vielen Stellen deutlich verbessert werden.

3. Nicht berücksichtigte Maßnahmen

Die gemeldeten Bedarfe lagen deutlich über dem bereitgestellten Finanzierungsrahmen. Nach Verifizierung der Fakten wurden folgende Maßnahmen nicht wie beantragt berücksichtigt:

- Ansätze für Themen des Personalmanagement und der Ablösung von Access-Datenbanken wurden bei Amt 10 konzentriert und pauschal budgetiert. Dabei erfolgten Kürzungen der Planansätze. Beim Personalmanagement auf jährlich 80.000 EUR (2012 und 2013).
- Lagerverwaltung Amt 37: Umpriorisierung von IuK-Mitteln vorab geplant
- Koordinatenumstellung Amt 62: zeitliche Verschiebung
- Verkehrsmanagement Amt 66: Der Projektpartner hält die Ausweitung von Betriebszeiten für wünschenswert, was Personalbedarf auslösen würde.

4. Einsparungspotentiale und Erlöse

Nach Durchführung mehrerer Stufen zur Haushaltssicherung in den letzten Jahren sind die disponiblen Spielräume bei den Fachämtern und den zentralen IT-Einheiten eingeschränkt. Dennoch wird versucht, bei der Umsetzung der Maßnahmen die Folgekosten möglichst gering zu halten und die Einsparungsmöglichkeiten im laufenden Betrieb zu nutzen. Diese Vorgehensweise entspricht der Vorgabe, dass bei IuK-Maßnahmen grundsätzlich Wirtschaftlichkeit in Form haushaltswirksamer Mehrerlöse oder Wenigeraufwendungen nachzuweisen ist.

Konkret sind dies beim Amt für Umweltschutz reduzierte Energie- bzw. Wasserkosten durch Einbau intelligenter Unterstationen und verbesserter Softwareprogramme (SEKS und SAAVE). Bei der Stadtkämmerei werden mit Unterstützung des Verfahrens „Vergnügungssteuer“ Mehreinnahmen generiert. Außerdem können durch das Ausschöpfen von Synergieeffekten (z.B. durch die Kooperation mit anderen Kommunen – Bildarchiv LHS) oder durch die stärkere Nutzung der aktuellen Marktsituation im IT-Sektor Preisreduzierungen erreicht oder Erlöse erzielt werden.

5. Zentrales IT-Controlling

Das zentrale IT-Controlling hat sich zum Ziel gesetzt, grundsätzlich alle IuK-Maßnahmen und IuK-Projekte von Beginn an zu betrachten. Der Schwerpunkt liegt bei den neuen IuK-Projekten, weil hier die Kosten-Nutzen-Risiken-Konstellation besonders zu beachten ist. Hierzu ist das zentrale IT-Controlling bei den weiteren konkreten Planungen und frühzeitig vor der Umsetzung mit einzubeziehen. Dazu gehört auch, dass dem zentralen IT-Controlling konkrete Aussagen zur Wirtschaftlichkeit genannt werden (entsprechende Vormerkung im IuK-Maßnahmenplan).

6. Fazit und Ausblick

Mit den IuK-Maßnahmenplänen für 2012 und 2013 stellt die Verwaltung ein Planwerk zur Entscheidung, das den Anspruch hat, die IuK-Bedarfe, die IuK-Strategie der Landeshauptstadt und die Entwicklungen im IT-Sektor mit der

städtischen Gesamtstrategie in Einklang zu bringen. Mit diesem methodischen und prozesshaften Vorgehen soll ein wirtschaftlicher, innovativer und nutzenstiftender IuK-Einsatz für Bürger/innen und Verwaltung ermöglicht werden.

Aufgrund der begrenzten „finanziellen“ Handlungsfähigkeit im Bereich der ständig wachsenden Anforderungen für Wartung und Betreuung zeichnet sich ab, dass für Erweiterungen der IuK-Infrastruktur (Anzahl der Geräte und DV-Verfahren) längerfristig eine Anpassung der Ressourcen erforderlich sein wird.